Realisierungskonzept

(Inhalt und Ablauf der Maßnahme)

1. Prioritätenliste

Aktualisierung der Prüfliste in Tabelle 25 des PVT 2000
Festlegung von Pilotanlagen
Eingruppierung des gesamten Prüfbestandes in Prioritätengruppen
laufende Fortschreibung der Prioritätenliste
politische Beschlüsse
spontane betriebliche Erfordernisse
Bürgeranregungen

2. Untersuchungsumfang

- ***Analyse des Ist-Zustandes***

Unfallauswertung
Verkehrserhebung
verfügbare Verkehrsflächen
Verkehrsführung
verkehrliche Ansprüche an den Knoten
Qualität des Verkehrsablaufes
Investitionsbedarf

- ***Erstellung eines Anforderungsprofils***

hinreichend sicher
leicht begreifbar
geometrisch möglich
funktionsfähig
leistungsfähig
optisch ansprechend
kostengünstig

- ***Überprüfung geeigneter alternativer Betriebsformen***

baulich
Kreisverkehr
Minikreisel
Querungshilfen
Einengung

Verkehrstechnisch
Fußgängerüberweg (FGÜ)
veränderte Verkehrsführung
Reduzierung des Verkehrsaufkommens
Verbesserung der Sichtbeziehungen

- ***Umgestaltungsvorschlag***

  Skizzenhafte Darstellung der neuen Knotenpunktgestaltung als Basis für Variantenvergleich, Funktionsnachweis und Kostenschätzung

  Baureife Planung des umgestalteten Knotens

- ***Funktionsnachweis***

  nach geltenden Vorschriften

  EFA, Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen
  R-FGÜ, Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen
  Anwenderhinweise Kreisverkehr bzw. Minikreisel

  Simulation in Grenz- und Sonderfällen

- ***Nutzeffektermittlung***

  Gegenüberstellung der Erneuerungskosten zzgl. der Betriebskosten für die LSA-Nutzungsdauer und der Umgestaltungsaufwendungen zur alternativen Betriebsform

3. Abstimmung und Anordnung

Generelle Abstimmung der Vorgehensweise für die Gesamtmaßnahme unter Einbeziehung von Verkehrsexperten des Polizeipräsidiums Köln, des Instituts für Straßenverkehr, der Verkehrswacht, des ADAC und des VCD.

ständige Abstimmung der Maßnahme mit PP Köln unter themenbezogener Einbindung weiterer Verkehrsfachleute und Interessenvertreter

Anordnung der alternativen Betriebsform durch die Straßenverkehrsbehörde

4. Realisierung

Beschluss der Bezirksvertretung zum vorliegenden Realisierungskonzept einschließlich Prioritätenliste und Mittelbereitstellung

Umsetzung der baulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen entsprechend ihrer Priorität und den verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen

begleitende Maßnahmen, wie Öffentlichkeitsarbeit mit abgestuftem Aufwand je nach Erfordernis

5. Begleitung und Nachher-Untersuchung

Unfallrecherche
Akzeptanzermittlung
Bewertung der Verkehrsqualität der Verkehrsabläufe Vorher-Nachher
Optimierungen bei Erfordernis